

Antrag R01.001.1

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: KV Tübingen

Zeile 1

- 1 Der Tagesordnungspunkt BGE wird auf diesem Bundesparteitag nicht befasst, sondern verschoben auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl.
Beschlussvorschlag:
Eine verbindliche programmatische Übernahme des BGE ist dann zu beraten, wenn das Grundsatzprogramm insgesamt neu diskutiert, aktualisiert und überarbeitet wird.
- 2 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:

Begründung

Als Begründung bitten wir um Berücksichtigung der Empfehlung des Ältestenrats:

Programmdebatte: Die Linke braucht nach der Bundestagswahl die Debatte über eine Novellierung ihres Grundsatzprogramms: Zum Beispiel Kampf für Frieden: Die neue Situation in Europa mit der Erfahrung eines völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges einerseits und der expansiven NATO-Osterweiterung und Militarisierung der EU andererseits muss sich im Grundsatzprogramm wiederfinden. Ebenso sind zentrale Themen wie Kampf gegen Armut, sozialökologischer Umbau, Energiewende, Verkehrswende, Nachhaltiger Umbau der Wirtschaft, Klassenpolitik und gewerkschaftlicher Kampf auf dem aktuellen Stand der gesellschaftlichen Konflikte zu beurteilen. Wenn wir ein renovierungsbedürftiges Grundsatzprogramm allein um das BGE erweitern, schaffen wir ein sehr verzerrtes Bild linker Sozialpolitik. Das wird uns dann mit Recht in der Bundestagswahl vorgehalten werden.

Inhaltlich: Die Forderung nach einem BGE ist sozialpolitisch begründet aber dennoch problematisch, weil es im Kampf gegen Armut dringend notwendige und bedarfsorientierte Reformen der sozialen Sicherungssysteme (Rente, Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, sanktionsloses Bürgergeld, Kindergrundsicherung, etc.) hintenanstellt. Der Eindruck wird vermittelt, dass ohne den Faktor wertschöpfender Arbeit irgendein „bedingungsloser“ Anspruch in der Gesellschaft erfüllt werden könne. Arme Menschen, z.B. Niedriglohnarbeitende einerseits und Superreiche andererseits werden scheinbar „gleich“ behandelt, obwohl sie einen ungleichen sozialen Bedarf haben und obwohl sie im kapitalistischen Lohnsystem eine extrem ungleiche Stellung einnehmen.

Strategisch bringt das BGE (wenn auch ungewollt) große Wählergruppen der Arbeiter:innenklasse, in der Mitte der Gesellschaft, unten und ganz unten gegeneinander auf statt bündnispolitische Klammern „Unten/Mitte“ gegen „Oben/Ganz Oben“ zu schaffen.

Formal: Der Mitgliederentscheid liegt sehr lange zurück und die politische Gesamtlage im Land hat sich dramatisch verändert. Im Verfahren gab es formale Mängel und die Pro-Frage war mit einer Positiv-Bewertung verknüpft, die in der Partei sehr umstritten ist. Es ist versäumt worden, diese Fehler satzungsrechtlich zu prüfen.

Antrag R01.001.2

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: Cuba Sí, Nick Papak Amoozegar (Cuba Sí)

Zeile 1

- 1 [Die AG Cuba sí stellt den Antrag auf Nichtbefassung des Antrags S05 zur Änderung der Bundessatzung § 7 \(Zusammenschlüsse\).](#)
- 2 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:

Begründung

Die in Antrag S05 (Parteivorstand) vorgeschlagenen Ergänzungen zu §7 widersprechen §5 der geltenden Satzung der Partei Die Linke.

Zudem ist der Antrag S05 inkohärent, wenn bei Vorliegen von bestimmten Bedingungen die Mitarbeit in einem Zusammenschluss ausgeschlossen und/oder der Austritt aus einem Zusammenschluss gefordert wird – gleichzeitig aber den Zusammenschlüssen das Handeln nach „abweichenden Regelungen“ entsprechend der Satzung des jeweiligen Zusammenschlusses gestattet wird. Das würde bedeuten, die Satzung eines Zusammenschlusses könnte die Bundessatzung der Linken in diesem Punkt aushebeln.

In §5 (1) der aktuell geltenden Satzung der Partei Die Linke wird klar geregelt, dass sich „Menschen, die sich für die politischen Ziele und Projekte der Partei engagieren, ohne selbst Mitglied zu sein“, in den Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei mitwirken können. Sie können darüber hinaus auch „ihnen übertragene Mitgliederrechte als Gastmitglieder wahrnehmen“.

§5 unserer Satzung regelt auch, welche Mitgliederrechte NICHT auf Gastmitglieder übertragen werden dürfen, so z.B. das Stimmrecht bei Mitgliederentscheiden, das Stimmrecht bei Satzungsangelegenheiten, bei Finanzentscheidungen sowie das aktive und passive Wahlrecht bei Parteiangelegenheiten.

Unsere aktuell geltende Satzung unterscheidet in §5 NICHT danach, ob jemand Mitglied in einer Initiative, einer Organisation oder einer Partei war oder ist, sich vielleicht überhaupt nicht organisieren will, ob er früher einmal Mitglied der Linken war oder ob er in Zukunft vielleicht (oder vielleicht auch wieder) in Die Linke eintreten möchte. Sie lädt generell alle Menschen ein, „die sich für die politischen Ziele und Projekte der Partei engagieren, ohne selbst Mitglied zu sein“, in den Zusammenschlüssen unserer Partei mitzuwirken.

In den Zusammenschlüssen der Partei Die Linke engagieren sich Mitglieder unserer Partei, Sympathisant*innen sowie Bürger*innen, die für die politischen Ziele und Projekte unserer Partei eintreten und an jenen Politikfeldern Interesse haben, mit denen sich die Zusammenschlüsse beschäftigen. Die Zusammenschlüsse binden linksorientierte Menschen an unsere Partei, sie vermitteln die politischen Positionen unserer Partei in die Gesellschaft, sie sind eine Brücke zu den Menschen.

Nach den enttäuschenden Wahlergebnissen der vergangenen Monate und Jahre, muss Die Linke bei der Bevölkerung wieder sichtbar werden, sie muss als linke politische Kraft Vertrauen zurückgewinnen und sich in der Bevölkerung wieder stärker verankern.

Mit der über viele Jahre bewährten Möglichkeit der Mitwirkung sowie mit ihren vielfältigen politischen Themen können die Zusammenschlüsse einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Partei Die Linke wieder zu einer starken politischen Kraft werden zu lassen.

Deshalb muss unsere Partei die Zusammenschlüsse stärken und in ihrer Arbeit weiter unterstützen. Mehr noch: Unsere Parteivorsitzenden, der Parteivorstand, die Gruppe im Deutschen Bundestag sowie die Landes- und Kreisverbände müssen die Expertise der Zusammenschlüsse auf den verschiedenen Politikfeldern stärker nutzen für Analysen, Einschätzungen, Zuarbeiten sowie für gemeinsame Aktionen.

In der gegenwärtigen existenzbedrohenden Situation, in der sich unsere Partei befindet, kann und darf Die Linke nicht auf diese wichtige Verbindung in die Gesellschaft, wie sie die Zusammenschlüsse darstellen, verzichten.

Antrag R01.001.3

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: LV Bayern

Zeile 1

- 1 Der vorgelegte Leitantrag (Antrag L01) und die dazugehörigen Änderungsanträge werden als Beratungsmaterial an den Parteivorstand überwiesen.
- 2 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:

Begründung

Der vorgelegte Leitantrag (Antrag L01) und die dazugehörigen Änderungsanträge werden als Beratungsmaterial an den Parteivorstand überwiesen.

Der Leitantrag selbst wird durch folgenden Text ersetzt: Siehe Antrag [L01.001.7](#). Siehe auch die Begründung dort.

Antrag R01.008.1

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, AKL, BV Steglitz-Zehlendorf (Berlin)

Zeile 8 - 9

- 8 5. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung ~~zum Leitantrag, Anträge zu~~
- 9 Anträgen von
- grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV.
- Die im Entwurf vorgeschlagene Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag werden an den Bundesausschuss zur Entscheidung übergeben.

Begründung

Die Debatte nach der Veröffentlichung des Leitantrags haben bei uns starke Zweifel aufkommen lassen, dass dieser Leitantrag in der aktuellen Situation der Partei geeignet ist die Richtung zu weisen. Debatten, die wir an vielen Stellen gemacht haben zeigten erneut einen exorbitanten Änderungsbedarf. Einige Kontroversen aus vergangenen Debatten wurden zwar übernommen, doch das gesamte Papier hat umfangreiche Lücken.

– Ökologie verschwindet als Querschnittaufgabe weitgehend und findet nur noch als Stichwort statt. Vor dem Hintergrund des aktuellen, klimabedingten Hochwassers und einem neuen Hitzesommer ist das schwer zu verstehen und entspricht nicht der „Querschnittaufgabe“ im Parteiprogramm. Auch die Zielstellung aus unserem Programm, wie die EU zu reformieren oder Bildung und Demokratisierung finden sich nicht wirklich wieder. Die Partei spielt in diesem Entwurf kaum eine Rolle.

– Es geht viel um schlechte Politik und das Versprechen, wir würden es besser machen können –

es fehlt aber eine ökonomische Analyse und Einordnung und die Frage, was man unter dem gegebenen System tatsächlich besser machen kann und was neben den „Superreichen“ systemisch eigentlich falschläuft.

– Eine Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus („gegenwärtiger Kapitalismus“) und Sozialismus muss man mit der Lupe suchen – sie sollten gerade.

– Der Schwerpunkt Migration und Entwicklung Ost sind deutlich zu lang. In Verbindung mit dem vielfach geäußerten Wunsch einer Konzentration der Themen bleibt die Frage, wie andere Themenfelder stattfinden, die zu unseren Kernanliegen gehören. Bildung und Umverteilung scheinen hier runter zu fallen. Auch die Friedensfrage könnte mehr Klarheit erfordern.

Generell stellt der Leitantrag viel zu viele Fragen und ist langwierig deskriptiv, es gibt bei uns starke Zweifel, ob dieser Stil wirkungsmächtig ist. Die Menschen suchen in der Krise nach klaren Antworten, nicht nach moralischen Erzählungen oder Weltbeschreibungen.

Man kann hier lange weiter belegen – wir sind nach viel Debatte und Änderungsversuchen zu der Erkenntnis gekommen, dass dieser Leitantrag so nicht funktioniert, er die Partei nicht zusammenführt, er keine klare Richtung vorgibt. Wir wollten eigentlich vorschlagen, den Leitantrag mit dem ND-Artikel „Die Linke: »Eine gesellschaftlich prägende Kraft“ von Ines und Jan (ND 12.9.24) zu ersetzen. Uns ist jedoch bewusst, dass etliche Mitglieder, Kreisverbände, Zusammenschlüsse zum Teil viele Stunden Zeit investiert haben, um aus dem Leitantrag etwas zu machen, was ihren Vorstellungen eines aktuellen Fahrplans für die Linke entspricht. Der Respekt vor dieser Arbeit verbietet es, einen solchen Antrag einfach abzuräumen.

Wir schlagen die Verschiebung vor, damit dieser Leitantrag nicht den Parteitag sprengt, sondern er an einer Stelle behandelt wird, an der es möglich ist, sich intensiver der notwendigen Debatte zu widmen. Stattdessen räumen wir auf dem Parteitag so einiges an Zeit für die Generaldebatte und die Behandlung der weiteren Anträge frei. Wie alle wissen, die das Antragsheft 2 durchgelesen haben, gibt aus der Tiefe der Basis im Übrigen eine ganze Reihe an Anträgen zu Krieg und Frieden, Abrüstung, zur Mindestsicherung, Flüchtlingspolitik, Demokratie etc., denen die Verschiebung droht. Viele adressieren aus unserer Sicht wesentlich präziser die aktuellen politischen Probleme, als es der Leitantrag tut. Die aktuelle Krise der Linken ist vielleicht der richtige Zeitpunkt, um die Themen, die aus den Basisorganisationen heraus entwickelt wurden als Ausgangspunkt für unsere strategischen Debatten zu nehmen. Die Generaldebatte wäre auf diese Weise zeitlich aufgewertet und ließe mehr Raum für Betrachtungen zur aktuellen Lage, anstelle die Redezeit auf Textpassagen zu lenken.

Antrag R02.002.1

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in:	Partei Vorstand
--------------------------	-----------------

Zeile 2 - 13

- 2 14.00 Uhr TOP 1 ~~Eröffnung und~~ Konstituierung und Eröffnung des Parteitages
- 3 15.00 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden mit Bericht des Parteivorstandes
- 4 ~~15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,~~
- 5 ~~Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Generaldebatte)~~
- 6 15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,
- 7 Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Generaldebatte)
- 8 17.00 Uhr Rede Gregor Gysi
- 9 17.15 Uhr Gastrede
- 7 17.30 Uhr TOP 3 Bericht der Bundesfinanzrevision
- 8 17.40 Uhr TOP 4 Entlastung des Parteivorstandes

- 9 17.50 Uhr Rede MP Thüringen Bodo Ramelow
18.00 Uhr Pause
- 10 18.30 Uhr Fortsetzung TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum
11 ~~Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV~~
12 ~~(Generaldebatte)~~
- 13 Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV
(Generaldebatte)
19.45 Uhr Bericht aus dem Frauen- FLINTA*-Plenum
19.55 Uhr Gedenken des Anschlags in Halle
20.00 Uhr migrantisches Plenum parallel Workshops
- 14 21.30 Uhr Bericht aus dem mirgantischem Plenum 5 Minuten
- 15 21.40 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
- 16 23.00 Uhr Ende des Beratungstages

Zeile 30 - 37

- 30 ~~9.00 Uhr Einstimmung auf den Bundestagswahlkampf 2025~~
- 31 ~~9.15 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)~~
- 32 9.00 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
10.415 Uhr TOP 7 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen
- 33 11.45 Uhr TOP 3 Berichte, EP
- 34 12.00 Uhr Pause
- 35 12.15 Uhr TOP 2 Rede der neugewählten Parteivorsitzenden
- 36 ~~12.45 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)~~
- 37 12.45 Uhr Einstimmung auf den Bundestagswahlkampf 2025
13.15 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
15.00 Uhr Schlusswort

Antrag R02.004.1

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform und BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Zeile 4 - 13

- 2 14.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 3 15.00 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden mit Bericht des Parteivorstandes
- 4 ~~15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,~~
5 ~~Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Generaldebatte)~~
- 6 15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte und Aussprache zum Bericht des PV
17.15 Uhr Gastrede
- 7 17.30 Uhr TOP 3 Bericht der Bundesfinanzrevision
- 8 17.40 Uhr TOP 4 Entlastung des Parteivorstandes
- 9 17.50 Uhr Pause
- 10 18.30 Uhr Fortsetzung TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung ~~zum-~~
11 ~~Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV~~
12 ~~(Generaldebatte)~~
- 13 zu Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung (Generaldebatte)
20.00 Uhr migrantisches Plenum parallel Workshops
- 14 21.30 Uhr Bericht aus dem mirgantischem Plenum 5 Minuten
- 15 21.40 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
- 16 23.00 Uhr Ende des Beratungstages

Zeile 20 - 24

- 18 9.00 Uhr TOP 3 Berichte (Bundesausschuss)
19 9.10 Uhr TOP 3 Berichte, Rede der/des Gruppenvorsitzenden im Deutschen Bundestag
20 9.25 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden ~~mit Einbringung Leitantrag~~
21
22 9.40 Uhr TOP ~~5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,~~
23 ~~Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Antragsberatung)~~
24 ~~11.30 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)~~
8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
12.45 Uhr Pause
25 13.15 Uhr TOP 6 Wahlen
26 21.15 Uhr Gruppenbild neuer Parteivorstand und Pause
27 21.30 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
28 22.30 Uhr Ende des Beratungstages

Begründung

Wir haben mit der Änderung von R1 beantragt die Leitantragsdebatte an den Bundesausschuss zu übergeben. Dies eröffnet uns Chancen für mehr Debatte um die sonstigen Anträge in der Tagesordnung. Die Änderung haben wir in diese TO überführt um der Generaldebatte und den P und W-Anträgen mehr Raum zu geben.

Antrag R04.047.1

Änderungsantrag zu R04

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Zeile 47

- 33 Sabine Berninger, Thüringen
34 Peter Brill, Mecklenburg-Vorpommern
35 Karin Binder, Baden-Württemberg
36 Tim Detzner, Sachsen
37 Clara Bünger, Sachsen
38 Thomas Hecker, Kommunistische Plattform
39 Sefika Minte, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung und Nordrhein-Westfalen
40 Alexander Jahns, Berlin
41 Conny Swillus-Knöchel, Nordrhein-Westfalen
42 Sebastian Koch, Berlin
43 Nina Treu, BAG Klima
44 Jakob Migenda, Hessen
45 Marc Mulia, Nordrhein-Westfalen
46 Frank Puskarev; Forum Demokratischer Sozialismus
47 Sebastian Wanner, Bayern
Jonna Kühn, Jugendverband linksjugend ['solid]
Gabriel Rücker, Sachsen-Anhalt

Antrag R04.055.1

Änderungsantrag zu R04

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Zeile 55

- 49 Isabell Fuhrmann, Baden-Württemberg
- 50 René Hahn, Sachsen
- 51 Elisa Otzelberger, Niedersachsen
- 52 Malte Lier, Bremen
- 53 Lisa Zumbrock, Niedersachsen
- 54 Bjoern Tielebein, Berlin
- 55 **Martin Wittmaack, Hamburg**
[Ulrike Bormann, Bayern](#)

Antrag R04.065.1

Änderungsantrag zu R04

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Zeile 65

- 57 Annetta Juckel, Berlin
- 58 Andreas Hein-Foge, Bremen
- 59 Anke Kraus, Bayern
- 60 Lars Kleba, Sachsen
- 61 Heike Kretschmer, Nordrhein-Westfalen
- 62 Hans-Ewald Mertens, Schleswig-Holstein
- 63 Anika Tewes, Niedersachsen
- 64 Sebastian Wagner NDS
- 65 **Eva Wolf, Sachsen**
[Walter Kubach, Baden-Württemberg](#)